



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 27/10/2017

Xi Jinping auf einer Stufe mit Mao

Machtzentralisierung als Sozialismus chinesischer Prägung?

von NORBERT F. TOFALL und AGNIESZKA GEHRINGER

- Die Beschlüsse des 19. Parteitages der KPCh lassen nicht vermuten, daß Xi weitgehenden ökonomischen Strukturwandel ohne Führung und Kontrolle durch die Kommunistische Partei zulassen wird.
- Nach der Betonung des Wachstums der Wirtschaft und einem eher zurückhaltenden internationalen Auftreten in der Vergangenheit liegen die Schwerpunkte nun auf sozialer Gerechtigkeit und der Gewinnung geopolitischer Hegemonie. Zu erwarten sind folglich niedrigeres Wirtschaftswachstum und geopolitische Konflikte.

In marxistischer Perspektive stellen in bestimmten historischen Phasen der Markt, Privateigentum und die kapitalistische Produktionsweise die geeignetsten Instrumente dar, die Produktivkräfte einer Gesellschaft zu entwickeln und die ökonomischen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Sie sind Mittel zur Modernisierung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus. Vor diesem Hintergrund sind die „Xi-Jinping-Gedanken über den Sozialismus chinesischer Prägung“,¹ die vom 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ohne Gegenstimme der 2300 Delegierten gleichrangig neben die Mao-Zedong-Ideen in die Parteistatuten aufgenommen wurden, nicht zu unterschätzen. Denn obwohl der Parteichef der Kommunistischen Partei Chinas Xi Jinping die weitere Modernisierung Chinas anstrebt, wird der Einsatz von Markt, Privateigentum und kapitalistischer Pro-

duktionsweise nun mehr der Zentralsteuerung der KPCh unterworfen. Die neuen Ziele sind mehr soziale Gerechtigkeit und größerer geopolitischer Einfluß.

Bis zum Jahr 2025 soll der allgemeine Wohlstand verwirklicht werden. Und bis zum Jahr 2050 soll China zu einer modernen sozialistischen Großmacht geworden sein, wobei die chinesische Armee bis 2035 eine Armee von Weltklasse werden müsse. Die KPCh müsse die absolute Führung über die Volksbefreiungsarmee haben, was auch in die Parteistatuten aufgenommen wurde. Da China gegenüber seinen ostasiatischen Nachbarn immer offensiver auftritt und auch die „One Belt, One Road“-Strategie mehr als Baustein zur Gewinnung geopolitischer Hegemonie und weniger als friedliche Globalisierungspolitik zu lesen ist, stellt sich die Frage, ob in den nächsten Jahren in Ostasien zusätzlich zum Nordkorea-Konflikt weitere geopolitische Konflikte drohen. Xi Jinping hat nicht nur die Streitkräfte unter seine Führung gestellt,

¹ Hierbei handelt es sich um eine Vielzahl von Reden und Aufsätzen, siehe beispielsweise XI JINPING: *China regieren*, erste Auflage, Beijing (Verlag für fremdsprachige Literatur) 2014.



sondern der Volksbefreiungsarmee die neue Doktrin verordnet: „Krieg führen und gewinnen“.

Xi Jinping hat in den letzten fünf Jahren seit dem 18. Parteitag der KPCh im Jahr 2012 sowohl die Partei diszipliniert und gesäubert als auch die Wirtschaft mehr und mehr der Kontrolle durch die KPCh unterworfen. Die Beschlüsse des 19. Parteitages der KPCh lassen nicht vermuten, daß Xi Jinping bereit wäre, in China weitgehenden ökonomischen Strukturwandel ohne Führung und Kontrolle durch die Kommunistische Partei zuzulassen und den staatlichen Interventionismus zurückzudrängen. Bis heute wurden in 93 Prozent der chinesischen Staatsunternehmen, in 68 Prozent der chinesischen Privatunternehmen und in 70 Prozent der ausländischen Unternehmen in China Parteizellen der KPCh eingerichtet, die mehr und mehr auf die Kontrolle und erhöhte Einflußnahme auf die Unternehmensführung drängen werden.

Daß Xi den allgemeinen Wohlstand in China bis 2025 verwirklichen will, läßt vermuten, daß Xi den allgemeinen Wohlstand angesichts der sehr kurzen Frist von gerade einmal sieben Jahren als fast verwirklicht ansieht. Da die staatlichen Medien in China die Aufnahme der „Xi-Jinping-Gedanken“ in die Parteistatuen als einen Wendepunkt in der Geschichte der Kommunistischen Partei feiern, scheint Xi den von Deng Xiaoping Ende 1978 eingeleiteten Prozeß von „Reform und Öffnung“ und der „Vier Modernisierungen“, der Chinas Wirtschaftswachstum und Wohlstand ermöglicht hat, seinem historischen Ende entgegen gehen zu sehen. Das bedeutet jedoch nicht, daß Xi trotz der Hervorhebung von Mao zurück will zu maoistischen Experimenten wie dem „Großen Sprung nach vorn“ ab 1958 und die „Kulturrevolution“ ab 1966, die China in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe geführt hatten. In marxistischer Perspektive

könnte nach der erfolgreichen Reform-Ära von Deng nun eine höhere Stufe gesellschaftlicher Entwicklung auf dem Weg zum Sozialismus angebrochen sein. Auf dieser Stufe sei es nun möglich, eine angemessene und ausgewogenere Verteilung des Wohlstands herbeizuführen und die noch vorhandene Armut in China zu bekämpfen und zwar – wie bereits erwähnt – bis zum Jahr 2025.² Xi Jinping ersetzt also das Paradigma aus der Reform-Ära von Deng durch den neuen Hauptwiderspruch einer „unausgewogenen und unadäquaten Entwicklung und dem wachsenden Verlangen des Volkes nach einem besseren Leben“. Aus diesem neuen Hauptwiderspruch folgen für Xi die Notwendigkeit, die soziale und ökonomische Ungleichheit in China zu bekämpfen.³

Offen bleibt dabei, inwieweit Xi von seiner verlautbarten Ideologie selbst überzeugt ist oder ob sie weitgehend der persönlichen Macht Sicherung dient. Zumindest hört man von ihm nichts vom „Absterben des Staates“. Nach Marx und Engels führt die erfolgreiche ökonomische Entwicklung hin zum Sozialismus dazu, daß der Staat Schritt für Schritt abstirbt, weil der ökonomische Mangel mehr und mehr verringert wird und deshalb nicht mehr durch politische Herrschaft verwaltet werden muß. Xi verfolgt seit 2012 jedoch genau die gegenteilige Politik einer Machtzentralisierung in Staat und Partei, um alle Bereiche der Gesellschaft zentral staatlich zu steuern. Obwohl Xi diese Machtzentrali-

² China hat laut Weltbank seine Armutsrate – gemessen als Anteil der Bevölkerung, welcher an oder unterhalb der Armutsgrenze von 1,9 USD am Tag leben müssen – von 88 % im Jahr 1981 auf 6,5 % im Jahr 2012 reduziert. Auch die Einkommensungleichheit - gemessen als Gini-Koeffizient – ist wenn auch langsam gesunken. China weist – nach Brasilien und Südafrika – das höchste Einkommensungleichheitsniveau der Welt auf.

³ Vgl. MARK SIEMONS: „Mao reloaded. Definition einer neuen Ära: Was steckt hinter dem „Xi-Jinping-Denken“, das die Kommunistische Partei Chinas gestern in ihre Statuten aufgenommen hat?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. Oktober 2017, Nr. 248, S. 9.



sierung als Sozialismus chinesischer Prägung ideologisch verbrämt, liegt der Widerspruch zwischen der von ihm proklamierten Erreichung des allgemeinen Wohlstands im Jahr 2025 und dem Ausbau und der Zentralisierung militärischer und politischer Macht in seiner Person offen zu Tage.

Daß es Xi Jinping primär um die Sicherung der persönlichen Macht gehen dürfte, zeigt sich auch darin, daß aus den Wahlen zum Politbüro und seinem ständigen Ausschuß kein Kronprinz hervorgegangen ist. Viele Beobachter vermuten deshalb, daß Xi sich nicht mit einer zweiten Amtszeit begnügen, sondern ebenso wie Putin in Russland die Regeln ändern lassen wird, um auch über 2022 hinaus in China regieren zu können. Ob sich Xi dabei auf den weiteren Ausbau eines „Hard Authoritarianism“ beschränken oder aufgrund von vielleicht wachsenden Widerständen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in einem „Neo-Totalitarismus“ zu retten versuchen wird, bleibt abzuwarten.⁴ Sicher ist, daß auf dem 19. Parteitag der KPCh in diesem Oktober die Möglichkeit auf Rückkehr zu einem „Soft Authoritarianism“ wie in den Jahren 1998 bis 2008 zielgerichtet nicht genutzt wurde.

Ökonomisch verheißt das nichts Gutes. Denn obwohl sich die chinesische Führung bemüht, einen ökonomischen Strukturwandel zur post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft zu bewerkstelligen,⁵ dürfte der Erfolg dieser Be-

mühungen gerade durch den weiteren Ausbau des „Hard Authoritarianism“ oder Schlimmeren gefährdet sein. Wachstumsimpulse aus China für die Weltwirtschaft sind deshalb wenig wahrscheinlich.

⁴ Zur den vier Entwicklungsoptionen Chinas, die David Shambaugh betrachtet, siehe AGNIESZKA GEHRINGER und NORBERT F. TOFALL: *Modernisierung in der Volksrepublik China. Strukturwandel und Wirtschaftswachstum ohne politisch-gesellschaftliche Freiheit?*, Makroanalyse des Flossbach von Storch Research Institute vom 15. September 2016, S. 20 – 22, online abrufbar unter: http://www.fvs-ri.com/analysen/analysen-details.html#analysis_79

⁵ Siehe AGNIESZKA GEHRINGER und NORBERT F. TOFALL: *Wohin gehst du, China? Anmerkungen anlässlich des 19. Parteitags der KPCh im Oktober 2017*, Kommentar zu Wirt-

schaft und Politik des Flossbach von Storch Research Institute vom 13. Oktober 2017, online abrufbar unter: www.fvs-ri.com



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autoren* Norbert F. Tofall und Dr. habil. Agnieszka Gehringer; *Redaktionsschluss* 27. Oktober 2017.